

Das war die Österreichische Jugendkonferenz 2026



Die EU, Social Media & Du

St. Pölten 10.-12. Juni 2026



Kofinanziert von der
Europäischen Union

 Bundeskanzleramt

Jugenddialog

NÖ LANDESJUGENDREFERAT





Jugendkonferenz 2026

- Wann: 10. bis 12. Juni 2026
- Wo: St. Pölten, Niederösterreich
- Wer:
 - junge Menschen zwischen 15 und 30 Jahren
 - aus allen österreichischen Bundesländern und Südtirol
 - Schüler*innen, Lehrlinge und Studierende
 - teilweise in Jugendorganisationen aktiv
- Barrierefreiheit: Die österreichische Jugendkonferenz ist eine barrierearme Veranstaltung (barrierefreie Räumlichkeiten, Begleitung durch bildgestützte Kommunikation, inklusive Unterstützung bei Bedarf).
- organisiert von der Bundesjugendvertretung in Kooperation mit dem Landesjugendreferat Niederösterreich und dem Bundeskanzleramt
- finanziert durch alle Bundesländer, Südtirol, das Bundeskanzleramt und die Europäische Kommission

Die Leitfragen

Die EU, Social Media & Du



Youth Goal #1
**„Die EU mit der Jugend
zusammenbringen“**

- Wie kann ich Informationen aus Sozialen Medien besser einordnen und Fake News erkennen?
- Wie schütze ich mich vor problematischen Inhalten und achte auf meine psychische Gesundheit?
- Wie muss der digitale Raum aussehen, damit ich mich sicher einbringen und meine Meinung äußern kann?
- Was wünsche ich mir von der Politik, damit der digitale Raum demokratischer wird?

Das Programm

Was haben wir
bei der
Jugendkonferenz
gemacht?



Wir haben andere junge Menschen aus ganz Österreich und Südtirol kennengelernt, die sich aktiv beteiligen möchten.

Wir haben in verschiedenen Workshops praxisnahe Tipps und Tricks zum erkennen von Fake News und den Logiken des Algorithmus erhalten.

Wir haben uns in einem Workshop damit beschäftigt, wie wir beim Konsum von Social Media auf unsere psychische Gesundheit achten können.

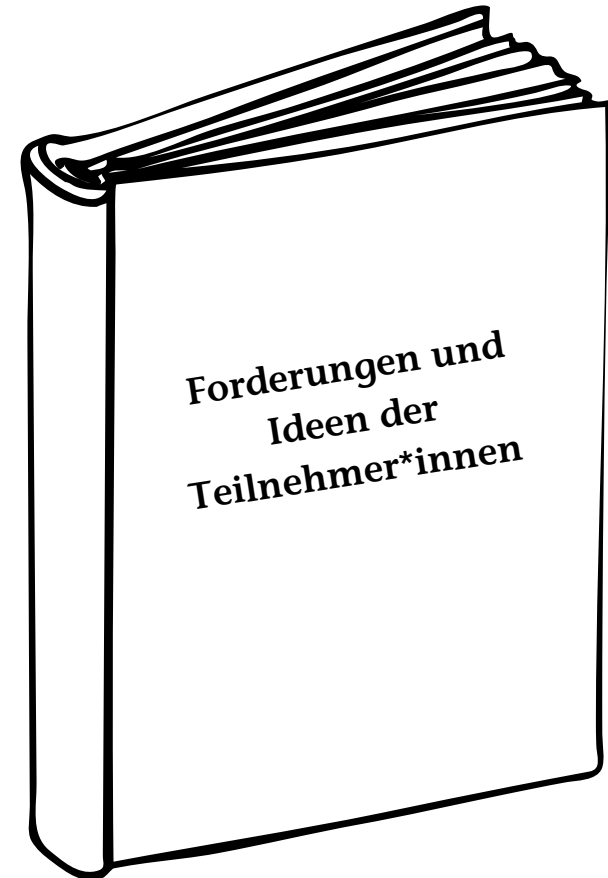
Wir haben bei einem Expert*inneninput erfahren, welche Regulierungen des digitalen Raums es auf EU-Ebene und in Österreich bereits gibt.

Wir haben zusammen Forderungen entwickelt, was es braucht, damit der digitale Raum sicherer und demokratischer für uns alle wird.

Wir haben unsere Ideen und Forderungen in einem Dialog auf Augenhöhe mit Politiker*innen und Beamte*innen besprochen.

Die Ergebnisse

- Die wichtigsten Ergebnisse und zentralen Forderungen fassen wir auf den nächsten Seiten zusammen.
- Alle erarbeiteten Forderungen im Detail sind in diesem [Dokument](#) zu finden.



Was braucht es, damit der digitale Raum demokratischer und sicherer wird?

Medienbildung für alle zugänglich machen

Viele Forderungen der Teilnehmer*innen zielten auf eine stärkere Vermittlung von Wissen und Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien ab. Medienbildung soll dabei nicht nur junge Menschen erreichen, sondern grundsätzlich für alle zugänglich sein – insbesondere auch für Eltern. Sie sollte sowohl in der Schule als auch in der außerschulischen Jugendarbeit verankert sein und möglichst früh beginnen. So kann bereits vor der aktiven Nutzung von sozialen Medien ein Bewusstsein dafür entstehen, wie sich Fake News und Desinformation erkennen und einordnen lassen.

Angebote für junge Menschen im Bereich psychischer Gesundheit stärken

Die übermäßige Nutzung sozialer Medien kann sich negativ auf die psychische Gesundheit junger Menschen auswirken, da waren sich die Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz einig. Um die psychische Gesundheit und die Resilienz junger Menschen zu stärken, fordern sie mehr gezielte Angebote und einfacheren Zugang zu Therapie- und Beratungsstellen sowohl im analogen als auch im digitalen Raum.

Was braucht es, damit der digitale Raum demokratischer und sicherer wird?

Social-Media-Plattformen zur Verantwortung ziehen

Einig waren sich die Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz auch darüber, dass digitale Plattformen strenger reguliert und bei Verstößen zur Verantwortung gezogen werden müssen. Auf digitalen Plattformen braucht es mehr Transparenz zu gesammelten Daten und dem eigenen Nutzungsverhalten. Süchtig machende Funktionen wie endloses Scrollen oder Push-Nachrichten müssen eingeschränkt werden und ein besserer Kinderschutz muss gewährleistet werden. Die EU soll hier für strenge Gesetze und Sanktionen bei Verstößen sorgen.

Künstliche Intelligenz regulieren

Das Thema Künstliche Intelligenz (KI) wurde bei der Jugendkonferenz nur am Rande behandelt. Aber auch hierzu gab es Forderungen, vor allem in Richtung der stärkeren Regulierung von KI-Anwendungen. Die Teilnehmer*innen finden, dass es klare Regeln für die Entwicklung und den Einsatz von KI-Technologien braucht und KI-Inhalte sichtbar gekennzeichnet werden müssen.

Was braucht es, damit der digitale Raum demokratischer und sicherer wird?

Social-Media-Verbot

Beim Thema Social-Media-Verbot waren sich die Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz nicht ganz einig. Viele fänden es gut, wenn die Nutzung von sozialen Medien für Unter-14-Jährige verboten wird. Andere glauben nicht, dass ein generelles Verbot etwas ändern würde. Statt bestimmte Plattformen ganz zu verbieten, sollten bestimmte Funktionen altersabhängig eingeschränkt werden. Die meisten finden, dass dies eine Frage ist, die EU-weit geregelt werden sollte. Im Falle von Altersbeschränkungen braucht es in jedem Fall eine datenschutzrechtlich sichere Lösung zur Altersverifizierung.

Klarnamenpflicht

Eine offene Klarnamenpflicht wird unter den Teilnehmer*innen der Jugendkonferenz strikt abgelehnt. Viele Menschen (z. B. Aktivist*innen, Betroffene von Mobbing oder marginalisierte Gruppen) brauchen Anonymität, um sich sicher zu äußern. Eine verdeckte Klarnamenpflicht kann diskutiert werden. Diese könnte helfen, Hasskommentare oder Fake-Accounts zu reduzieren. Auch hier braucht es wieder starke Datenschutzmaßnahmen – es muss sichergestellt werden, dass Plattform die Daten nicht missbrauchen oder weitergeben können.

Die Teilnehmenden



JUNGE MENSCHEN

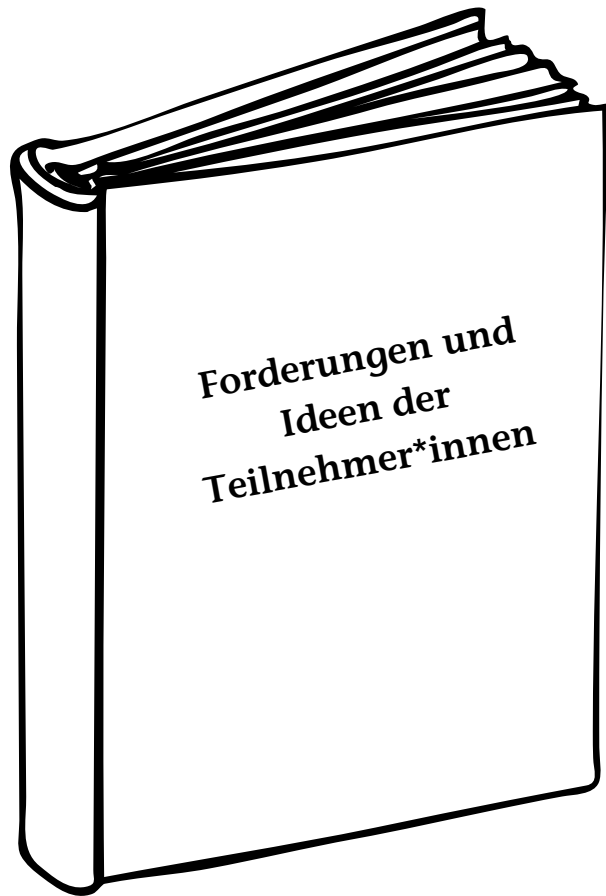
rund 60 junge Menschen
zwischen 15 und 30 Jahren aus
allen Bundesländern Österreichs
und Südtirol



POLITIKER*INNEN & BEAMT*INNEN

- Bundesministerin für Europa, Integration & Familie
- die für Jugend zuständigen Landesrät*innen
- Vertreter*innen der Verwaltung aus dem Bundeskanzleramt und den Landesjugendreferaten

Der Dialog



Bekenntnisse der Politiker*innen



Claudia Bauer, Bundesministerin für Europa, Integration und Familie setzt sich dafür ein, dass:

- die EU ihre Stimme gegen digitale Plattformen erhebt und den Digital Services Act umsetzt
- mehr Bewusstseinsbildung im Schulunterricht, aber auch bei Eltern stattfindet
- Begleitmaßnahmen zum Social-Media-Verbot angeboten werden
- technische Lösungen zur Altersüberprüfung entwickelt werden, die Datenschutz garantieren
- Maßnahmen zur Stärkung der psychischen Gesundheit umgesetzt werden



Christiane Teschl-Hofmeister, Landesrätin in Niederösterreich, setzt sich dafür ein, dass:

- Digitale Bildung Teil der Lehrer*innen-Ausbildung wird
- Elternabende in Schulen verpflichtend wahrgenommen werden müssen
- die Mental Health Days gestärkt und besser genutzt werden



Astrid Mair, Landesrätin in Tirol, setzt sich dafür ein, dass:

- mehr Elternbildung im Bereich der Nutzung von digitalen Medien stattfindet
- Angebote für mentale Gesundheit in den Schulen ausgebaut werden

Bekenntnisse der Politiker*innen



Christian Dörfel, Landesrat in Oberösterreich, setzt sich dafür ein, dass:

- mehr Fortbildungen zu Social Media und dem digitalen Raum für Lehrer*innen, Eltern und Schüler*innen angeboten werden



Bettina Emmerling, Stadträtin in Wien, setzt sich dafür ein, dass:

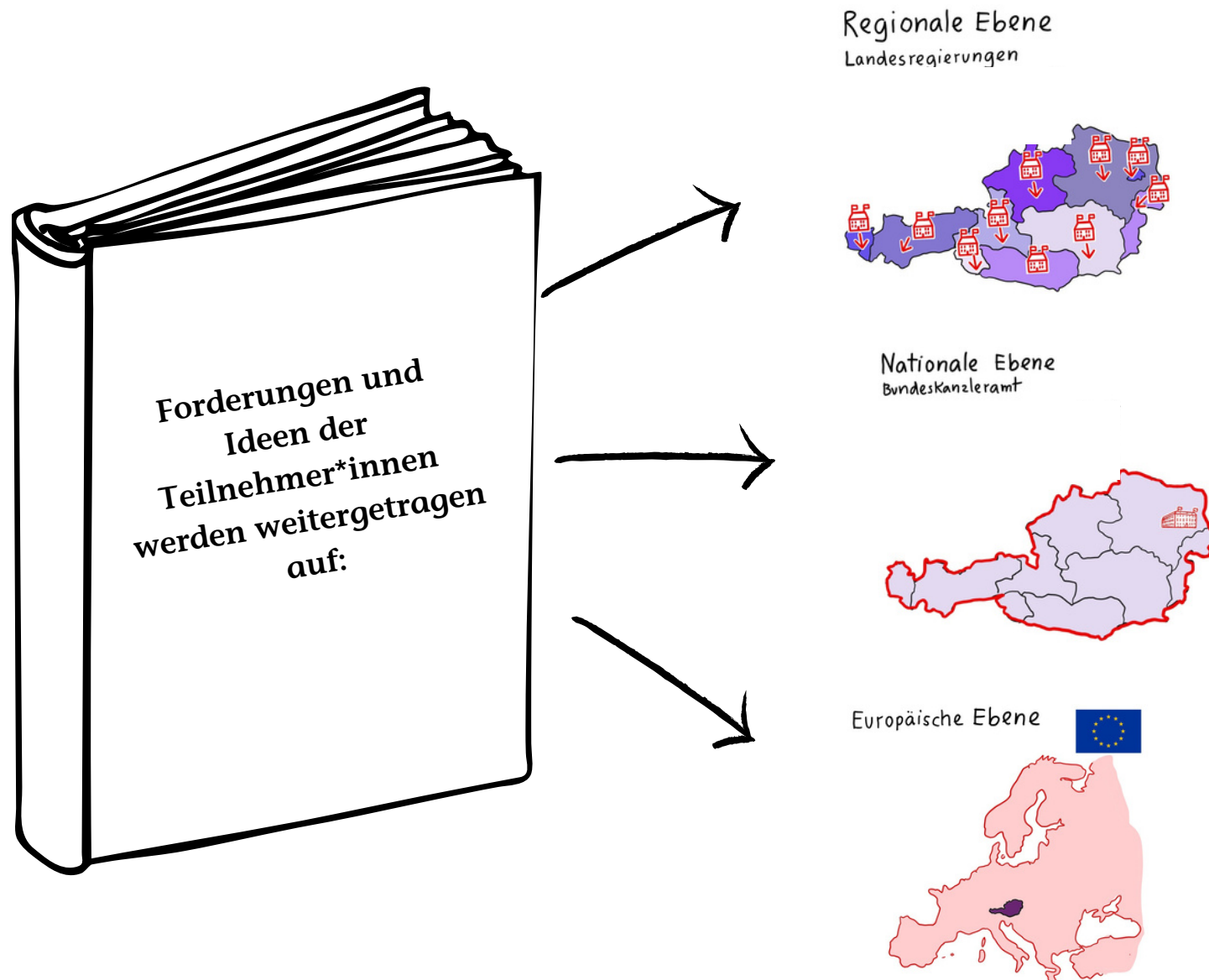
- Unterstützungsmaßnahmen im Bereich psychische Gesundheit in Schulen und Berufsschulen ausgebaut werden
- Elternbildung zur Social-Media-Nutzung gestärkt wird



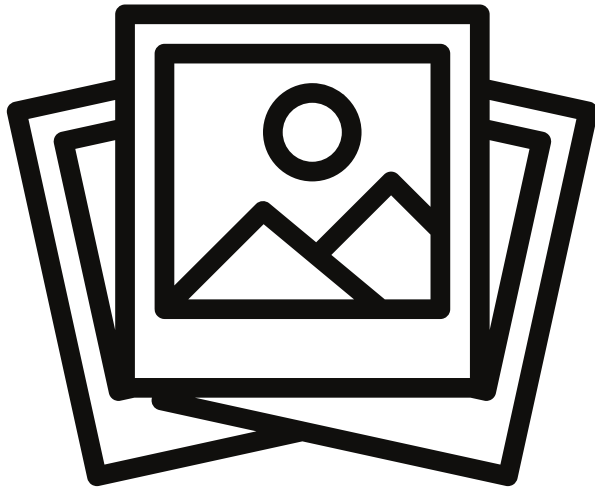
Stefan Hermann, Landesrat in der Steiermark, setzt sich dafür ein, dass:

- mehr Elternbildung stattfindet: Eltern sollen Online-Seminare zu KI und digitale Bildung besuchen, wenn Laptops an Schüler*innen ausgegeben werden.

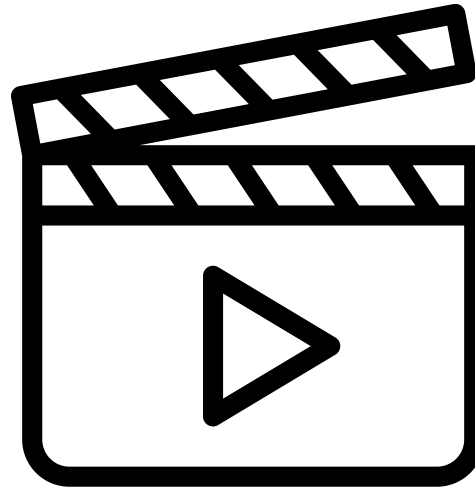
Was passiert nun mit den Ergebnissen?



Weitere Einblicke



Fotos



Video



Forderungskatalog

Kontakt für Rückfragen

Koordinierungsstelle Jugenddialog

office@jugenddialog.at

Ansprechpersonen:

Katharina Eggenweber, Referentin für Kinder- und Jugendpolitik

katharina.eggenweber@bjv.at

Stephanie Auzinger, Referentin für Kinder- und Jugendpolitik

stephanie.auzinger@bjv.at

Team Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der
Bundesjugendvertretung

presse@bjv.at





CNVFILM FF1



CNVFILM FF1



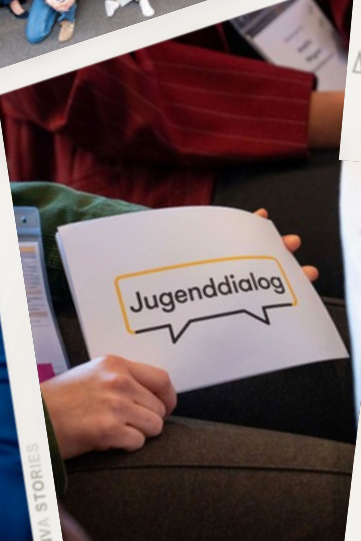
CNVFILM FF1



23



23



INVA STORIES

CNVFILM FF1



23



CNVFILM FF1



CNVFILM FF1

CNVFILM FF1



CNVFILM FF1



CNVFILM FF1



23